

SPD: Klima oder GroKo - Factsheet zur Aktion

Warum ruft Campact dazu auf, mit dezentralen Aktionen das Ende der GroKo zu fordern?

Am 20. September 2019 haben in Deutschland 1,4 Millionen Menschen beim globalen Klimastreik demonstriert. Die Forderung: Nachdem die GroKo die Klimaziele für 2020 krachend verfehlt hat, muss sie liefern und sicherstellen, dass die Klimaziele für 2030 eingehalten werden und sie so einen entscheidenden Beitrag leistet, um die Erderhitzung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, in jedem Fall aber deutlich unter 2 Grad, wie in den Pariser Klimazielen vereinbart.

Das „Klimapaket“ das die die Große Koalition am selben Tag vorstellte, an dem 1,4 Millionen Bürger*innen demonstrierten, war ein Schlag ins Gesicht aller Klimabewegten. Denn die beschlossenen Maßnahmen reichen nicht aus, um die Klimaziele für 2030 einzuhalten. Die Umweltverbände sind sich einig: der CO₂-Preis ist mit 10 Euro pro Tonne viel zu niedrig angesetzt, der Kontrollmechanismus für die die Emissionsziele nach Sektoren zu schwach, die Subventionen für Elektroautos ein Geschenk an die klimaschädliche Automobilindustrie, das ganze Paket ein chaotisches Sammelsurium kosmetischer Einzelmaßnahmen.

Das Versagen der Großen Koalition versuchen die Parteispitzen von SPD und CDU auch noch als Erfolg zu verkaufen. Doch viele Menschen wollen da nicht mehr hinnehmen. Laut einer Umfrage des ZDF Politbarometers gehen die im Klimaschutzpaket vereinbarten Maßnahmen 53% der Bevölkerung nicht weit genug, unter SPD Anhängern sind es sogar 61%¹.

Das Klimapaket beweist: mit dieser Regierung wird das nichts mit konsequentem Klimaschutz. Der Wirtschaftsflügel der Union verhindert wirksame Klimapolitik und die SPD ist zu schwach, um sich gegen die Widerstände der CDU durchzusetzen. Doch zwei weitere Jahre Stillstand bei der Klimapolitik können wir uns nicht leisten. Denn uns rennt die Zeit davon: Laut der Klimaforschung können wir nur noch 420 Gigatonnen CO₂ ausstoßen, wenn wir die Erderhitzung auf 1,5 Grad begrenzen wollen². Beim derzeitigen Emissionsniveau, hätten wir unser Budget schon in 10 Jahren aufgebraucht.

Mit Aktionen im ganzen Land machen wir deshalb darauf aufmerksam: die GroKo hat unser Vertrauen beim Klimaschutz verspielt. Sie muss jetzt abtreten und den

¹ ZDF Politbarometer: Mehrheit findet das Klimapaket unzureichend

² MCC: So Schnell tickt die CO₂ Uhr

Weg frei machen für eine Regierung, die gewährleistet, dass die Pariser Klimaziele eingehalten werden. Doch nur die SPD kann der GroKo den Stecker ziehen, wenn sie einsieht, dass sie beim Klimaschutz versagt hat.

Warum richten sich die Aktionen an die SPD?

Die Delegierten der SPD entscheiden auf dem Parteitag im Dezember darüber, ob die GroKo fortgesetzt wird oder nicht. Gleichzeitig kann jedes Parteimitglied abstimmen, wer ab Dezember den SPD Parteivorsitz übernimmt. Ob die SPD der GroKo den Stecker zieht, hängt von diesen zwei Faktoren ab: wie bewerten die Delegierten die Halbzeitbilanz der GroKo und welchen Kurs schlagen die neuen Parteivorsitzenden ein. Deshalb richten sich die dezentralen Aktionen direkt an die SPD-Basis.

Zum Hintergrund: Die Entscheidung die GroKo fortzusetzen, war innerhalb der SPD sehr umstritten. Um die Kritiker von Schwarz-Rot zu besänftigen, schrieb die SPD eine Revisionsklausel in den Koalitionsvertrag. Nach der ersten Hälfte der Regierungszeit wird nun Bilanz gezogen und die Delegierten entscheiden voraussichtlich auf dem Parteitag, ob sie die Regierung mit der CDU fortsetzen wollen oder nicht. Doch nicht nur die Delegierten entscheiden über die GroKo: jedes einzelne SPD-Mitglied spielt bei dieser Entscheidung eine zentrale Rolle. Denn die GroKo-Halbzeitbilanz fällt zusammen mit der Wahl zum Parteivorsitz, die per Mitgliederentscheid getroffen wird. Alle Mitglieder der SPD stimmen bis Ende November darüber ab, wer die SPD in Zukunft führen wird. Wenn ein GroKo-kritisches Duo die Wahl gewinnt, wird auch die Bewertung der Halbzeitbilanz auf dem Parteitag sehr viel kritischer ausfallen.

Warum finden sie Aktionen nicht vor dem Willy Brandt Haus oder den MdB Büros statt, sondern bei Stammtischen, in den Ortsvereinen und Kreisverbänden ?

Über den Verbleib der GroKo wird nicht im Willy Brandt-Haus entschieden. Die SPD Basismitglieder haben es in der Hand. Die Parteimitglieder der SPD, sind dezentral organisiert. Sie treffen sich nicht im Willy-Brandt Haus in Berlin, sondern bei Stammtischen, in Ortsvereinen und Kreisverbänden überall im Land. Um sie zu erreichen brauchen wir lokale Aktionen, die von Campact-Aktiven organisiert werden.

Wenn wir mit unseren Aktionen erreichen, dass sich an der Parteibasis die Meinung durchsetzt, dass das Klimapaket für die SPD eine Blamage war, dass sich die SPD

nicht gegen die CDU durchsetzen kann und dass die GroKo ihr schadet, dann werden die Basismitglieder ein Kandidaten-Duo wählen, das sich dafür einsetzt, die GroKo zu beenden und es finden Neuwahlen statt. Eine neue Regierung kann dann den Klimaschutz mit neuer Energie angehen.

Was fordern die Campact Aktiven von den SPD Basismitgliedern?

Wir fordern die SPD-Mitglieder dazu auf, ein Vorsitzenden-Duo zu wählen, dass die GroKo beendet. Die SPD muss sich aus der GroKo befreien und darf sich nicht länger haftbar machen für die Klima-Blockade der Union. Wenn die SPD die GroKo nicht jetzt beendet, verliert sie eine ganze Generation junger klimabewegter Wähler*innen.

Wenn ein GroKo-kritisches Duo den SPD Vorsitz übernimmt, werden die Delegierten auf dem Parteitag voraussichtlich auch gegen die GroKo stimmen, um die neue Führung nicht zu beschädigen. So können die neuen Vorsitzende die Partei aus der GroKo führen. Die SPD wird die Regierung dann verlassen und den Weg frei machen für Neuwahlen bei denen Klimaschutz als Wahlkampfthema eine zentrale Rolle einnehmen wird. Sie könnte dann endlich progressive Vorschläge machen, wie eine sozial gerechte ökologische Transformation aussehen kann und hat so die Chance das Vertrauen von Millionen junger Menschen zurückzugewinnen.

Mit den Aktionen bei der SPD fordern wir die Mitglieder auf: traut euch mutig zu sein. Die SPD ist historisch eine progressive Partei gewesen und ging in der Geschichte immer wieder entschlossen voran: bei der Forderung nach einem Frauenwahlrecht, dem Achtsturentag und der Friedenspolitik. Die Basismitglieder sollen bei der Wahl zum SPD-Vorsitz an diese Tradition anknüpfen und für ein progressives Kandidatenpaar stimmen, das die GroKo beendet - und so den Weg frei macht für mehr Klimaschutz.

Was nützen denn Neuwahlen? Ist es nicht besser, jetzt das vereinbarte Klimapaket schnell umzusetzen?

Nein. Das vereinbarte Klimapaket stellt nicht sicher, dass die Bundesregierung das Pariser Klimaabkommen einhält. Ein bisschen Klimaschutz bringt nichts. Denn nicht die Anstrengungen zählen, sondern das Ergebnis. Die Maßnahmen des Klimapaketes reichen nicht ansatzweise aus, um die Klimaziele für 2030 einzuhalten: Wird es trotzdem umgesetzt, verlieren wir wertvolle Zeit. Je länger wir wirksamen Klimaschutz aufschieben, umso gefährlicher wird es. Schreitet die

Erderhitzung ungebremst voran, erreichen wir bald den Punkt an dem das Klima kippt - und in eine Überhitzungsspirale gerät, die wir nicht mehr aufhalten können.³

Es stimmt, dass die SPD einen Kontrollmechanismus ins Klimapaket geschrieben hat, um regelmäßig zu überprüfen, ob sich die Bundesregierung auf dem richtigen Pfad befindet, die Klimaziele für 2030 einzuhalten. Das Problem: es steht schon jetzt fest, dass diese im Rahmen der im Klimapaket vereinbarten Maßnahmen nicht erreicht werden können. Die regelmäßigen Kontrollen kann man sich also sparen. Die SPD muss einsehen: das Klimapaket ist Mist.

Droht nicht eine Minderheitsregierung der Union, die dem Klima noch mehr schadet?

Eine Alleinregierung von CDU und CSU ist unwahrscheinlich. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es noch nie eine Minderheitsregierung. Das ist in anderen Ländern, wie zum Beispiel in Dänemark oder Schweden anders, wo die Opposition oft eine Minderheitsregierung toleriert. Das Ergebnis: die Regierung ist auf die Zustimmung der Opposition angewiesen und muss Zugeständnisse machen. Sollten also (was unwahrscheinlich ist) die CDU und CSU nach dem Ende der GroKo dauerhaft eine Minderheitsregierung bilden, könnte die SPD mit anderen Oppositionsparteien, wie der Linken oder den Grünen der CDU mit der Forderung nach einer sozial gerechten ökologischen Transformation Druck machen. Und spätestens wenn im Herbst 2020 ein Haushalt für das Jahr 2021 verabschiedet werden muss, gerät die Union in Schwierigkeiten, weil ihr die dafür erforderliche Mehrheit fehlt.

Wahrscheinlicher ist, dass wenn es 2020 tatsächlich zu Neuwahlen kommt, eine dieser drei Konstellationen eine Regierung bildet: Grün-Rot-Rot, Schwarz-Grün oder Jamaika. In allen drei Konstellationen würden die Grünen eine zentrale Rolle spielen - so stünde unabhängig von einer Regierungsbeteiligung der SPD fest, dass Klimapolitik eine zentrale Rolle in den Koalitionsverhandlungen spielt. Sollte die SPD nach Neuwahlen nicht mitregieren, könnte sie sich in der Opposition erneuern, denn 14 Jahre in der Regierung haben die Partei personell und inhaltlich ausgezehrt.

Mit welchen Maßnahmen kann Deutschland seine Klimaziele erreichen?

Was wir jetzt brauchen, ist ein kluges Zusammenspiel von verbindlichen Zielen, klaren Regeln und sinnvoller Förderung. Zum Beispiel muss 2020 Schluss sein mit neuen Ölheizungen, dicht gefolgt von Gasheizungen - und Energiestandards für

³ Die Zeit: Was wenn die Welt am 1,5 Grad Ziel scheitert?

Gebäude müssen verschärft werden. Nach 2025 dürfen keine neuen PKW mit Verbrennungsmotor zugelassen werden. Und bis spätestens 2030 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz gehen. Entsprechend massiv müssen Erneuerbare Energien ausgebaut werden.

Außerdem muss Geld in eine klimafreundliche Infrastruktur fließen: Wir brauchen massive Investitionen in neue Stromnetze und -speicher, in eine moderne Infrastruktur für Fahrrad, Bahn und Bus und die energetische Sanierung von Gebäuden. Zugleich müssen klimaschädliche Subventionen wie die steuerliche Begünstigung von Kerosin und Diesel und das Dienstwagen-Privileg sofort beendet werden.

Und neben einem Klimaschutzgesetz, das Klimaziele festschreibt und die Ministerien auch finanziell in die Pflicht nimmt brauchen wir auch eine Steuer auf CO₂, die den Verbrauch fossiler Brennstoffe schnell und wirksam verteuert - und durch sozialverträglichen Ausgleich die Last fair verteilt.

Warum finden die Aktionen nicht bei der Union statt?

Was stimmt: CDU und CSU blockieren wirksamen Klimaschutz im Verkehr, in der Industrie- und Landwirtschaftspolitik massiv. Das war auch der Grund, weshalb wir uns im Sommer mit den Aktionen zum Klimaschutzgesetz direkt an die Union gerichtet haben. Unser Fazit: CDU und CSU sitzen die Forderungen der Umweltbewegung einfach aus und bewegen sich kein Stück. Mit der Forderung nach einem Ende der GroKo finden wir bei der Union kein Gehör. Doch in der SPD gibt es kritische Stimmen, die ein Ende der GroKo fordern. Diese Stimmen wollen wir mit unseren Aktionen bestärken - und so doch noch für einen Neustart beim Klimaschutz sorgen.